

Ressort: Politik

Länder wollen mehr Geld für Flüchtlingsunterbringung

Berlin, 26.03.2015, 19:03 Uhr

GDN - Der Bund soll sich nach dem Willen der Länder stärker an den Kosten, die den Ländern und Kommunen durch die Unterbringung von Flüchtlingen entstehen, beteiligen: "Es geht hier auch um eine der Verantwortung des Bundes entsprechend strukturelle finanzielle Beteiligung der Bundesregierung an den Kosten für Unterbringung, Gesundheitsversorgung oder Integrationsleistungen", sagte der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke, am Donnerstag. Die Lage habe sich seit der letzten Konferenz im Dezember weiter zugespitzt.

Im Januar und Februar seien deutlich mehr Flüchtlinge und Asylsuchende nach Deutschland gekommen als prognostiziert. Das Agieren skrupelloser Schlepperbanden verschärfe die Lage zusätzlich. "Deshalb erwarten die Länder, dass der Bund seine Verantwortung schneller und konsequenter wahrnimmt, um notwendige gesetzliche Rahmenbedingungen anzupassen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-52044/laender-wollen-mehr-geld-fuer-fluechtlingsunterbringung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619